



Protokoll der AG Kinderschutz vom 28.02.2014

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum B4-1-07
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Nils Fladerer (SR I), Gesine Siems (SR II), Heide Igel, Julia Andreß, Elfi Grzanna, Marion Lindner und Heike Becker-Heinrich
Entschuldigt:	Horst Bührendt, Heike Krautz (SR III), Ines Dommann (SR III und SR IV), Ines Dickhoff (SR IV), Claudia Sponholz, Sabine Weidner, Annette Gussow, Raissa Erbis, Jeannette Müller
Gast:	Ingelore Balogh (Hort Stülpe)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Herr Fladerer begrüßte die Anwesenden und moderierte das Arbeitstreffen.

2. Rückmeldung der Netzwerkpartner zu den Regionalkonferenzen und weitere Infos der Mitglieder der AG Kinderschutz aus ihren Bereichen

Infos aus dem SR I:

Herr Fladerer teilte mit, dass am 26.02.2014 eine Regionalkonferenz stattgefunden hat. Als Einrichtung hat sich die Schuldner- und Insolvenzberatung Großbeeren vorgestellt.

Vom SpD waren alle Mitarbeiter des SR I vollständig anwesend, insgesamt war eine starke Beteiligung und gute Diskussion.

Herr Fladerer teilte mit, dass er sich zum 01.05.2014 als Kinder- und Jugendlichentherapeut in Stendal selbständig machen werde. Sein letzter Arbeitstag bei der GFB ist voraussichtlich der 14.04. Ab 01.05. übernimmt Frank Matzke die Leitung der Einrichtung.

Infos aus dem SR II:

Die Regionalkonferenz findet erst im März statt, die Vorbereitung dazu erfolgt noch heute, die Einladungen werden nächste Woche verschickt.

Weiterhin gibt es keine Anfragen oder Informationen der Netzwerkpartner des SR an Frau Siems.

Infos aus dem SR III:

Die Regionalkonferenz findet erst im April statt, keine aktuellen Informationen vom Netzwerk im SR III.

Infos aus dem SR IV:

Die Regionalkonferenz findet erst im April statt, keine aktuellen Informationen vom Netzwerk im SR IV.

Sozialamt

Frau Grzanna informierte über die erste Sozialkonferenz, die am 19.02.2014 in der Kreisverwaltung Luckenwalde stattgefunden hat. Die Beteiligung war gut, einige Teilnehmer hatten wohl größere Erwartungen, die in dieser Form nicht erfüllt wurden. Es erfolgte die Arbeit in Workshops analog der

Mittelzentrenzuordnung. Der Erfahrungsaustausch war gut. Sie musste jedoch feststellen, dass die Angebote der Sozialhilfe vielen Teilnehmern unbekannt waren. Lediglich Betroffene wüssten gut Bescheid. Die bereits im letzten Jahr veröffentlichte Broschüre lag zur Sozialkonferenz aus. Die Teilnehmer können sich auch darin über Angebote informieren. Frau Grzanna wies auf die andere Zusammensetzung der Mittelzentren (danach hatte sich das Sozialamt gerichtet) als die der Sozialraumgliederung hin.

Das Sozialamt erstellt noch eine Dokumentation zur Sozialkonferenz, im Folgenden sollen Regionalgruppen gebildet werden.

Schon jetzt ließ die Konferenz erkennen, dass es wenig Bedarf für eine Erweiterung der Angebote gibt, meinte Frau Grzanna. Geplant ist aber bereits jetzt eine weitere Einrichtung für psychisch kranke Menschen. Diese Einrichtung soll in Zossen entstehen. Auf Nachfrage teilte sie mit, dass im LK eher weniger behinderte Mütter mit Kindern leben. Daran schloss sich ein Austausch an, dass der Bedarf ggf. höher sei, aber die Diagnosen nicht vorliegen. Nach Ihrer Einschätzung rentiere sich eine Einrichtung nach § 53 SGB XII für diese Zielgruppe bisher nicht. Sie ist aber offen in der Zusammenarbeit mit Jugendhilfeeinrichtungen, falls dort dieser Bedarf erkannt wird und Personen Sozialhilfeleistungen benötigen.

Frau Grzanna teilte mit, dass gemeinsam mit dem DRK-Hort in Ludwigsfelde ein Betreuungsangebot für Kinder mit Behinderungen erarbeitet wurde. Darin seien auch ergänzende Betreuungsangebote enthalten. Die Nutzung sei bisher eher sehr gering.

Gesundheitsamt (GA):

Frau Andreß vertrat Frau Erbis und teilte mit, dass nun für Frau Risk eine Nachfolgerin gefunden wurde. Die neue Ärztin im SR II heiße Astrid Schubert und sei in Zossen angesiedelt. Telefonisch ist sie unter 03377 2023935 erreichbar.

Für den SR I ist weiterhin als Arzt im KJGD Herr Dr. Reichel zuständig, der zugleich auch Sachgebietsleiter ist. Im SR III ist Frau Erbis und im SR IV ist Frau Bezuglov tätig. Als Sozialarbeiterinnen sind Frau Raguschke für die SR I u. II und sie selbst für die SR III u. IV zuständig.

Aktuell sind die Ärzte durch die Einschulungsuntersuchungen stark beansprucht.

Staatliches Schulamt

Informationen per Mail von Frau Weidner an Frau Becker-Heinrich (vom 27.02.2014):

Herr Dr. Quade, koordinierender Schulpsychologe, wird in der nächsten Woche in den Ruhestand gehen. Sein Arbeitsfeld wird im März eine neue Kollegin übernehmen.

Ein neues Organigramm des Staatlichen Schulamtes wird erst veröffentlicht, wenn es zum Dienstantritt der neuen Kollegin kommt. Nach Veröffentlichung sendet Frau Weidner es zeitnah an Frau Becker-Heinrich zur Weiterleitung.

Herr Baltrusch, Schulrat für die weiterführenden Schulen, wird seine Tätigkeit im Schulamt noch bis ca. Ende Mai ausführen und danach in den Ruhestand gehen.

Am 26.02.2014 wurde im Landtag das Schulbehördenreformgesetz verabschiedet

Ergänzende Information von Frau Becker-Heinrich:

Die sechs staatlichen Schulämter und das Landesinstitut für Lehrerbildung sollen zum 01. Oktober 2014 aufgelöst werden, gleichzeitig soll ein Landesamt für Schule und Lehrerbildung (Landesschulamt) als Landesoberbehörde mit vier Regionalstellen errichtet werden. Das Landesschulamt wird seinen Hauptsitz in Potsdam und vier Regionalstellen in Neuruppin, Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg a.d.H. haben. Der Gesetzestext war bis zum 27.02.2014 noch im Netz veröffentlicht.

Weitere Info von Frau Weidner:

Das MBS hat eine Elternbroschüre zum Thema „Besondere Schwierigkeiten beim Erlernen des Rechnens und Fördermaßnahmen im Land Brandenburg“ herausgegeben. Sie steht als Download unter folgendem Link zur Verfügung: <http://www.mbs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.354625.de> Einzelexemplare können bei Martina Marx per E-Mail unter martina.marx@mbs.brandenburg.de oder unter der Telefonnummer 0331-866 35 21 bestellt werden.

Folgende Themen würde Frau Weidner gerne in der AG Kinderschutz bei den nächsten Treffen beraten:

- Möglichkeiten der Förderung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund, die im Einschulungsverfahren zurückgestellt werden.

- Unterstützungsmöglichkeiten von Kindern, die in unserem Landkreis in Heimen untergebracht werden, aber aus anderen Bundesländern kommen, und emotional/sozial auffällig sind . Aufzeigen von möglichen Wegen auf der Suche nach Hilfe, die die Schulen gehen können.

Jugendamt

Infos von Frau Lindner, Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen

Frau Lindner teilte mit, dass künftig für neue stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe zur Betriebserlaubnis auch die Stellungnahme des Schulamtes vorliegen muss. Dies gilt auch für Änderungsanträge bei bereits bestehenden Einrichtungen. Herr Fladerer und Frau Igel äußerten ihre Bedenken, dass dies das Betriebserlaubnisverfahren erheblich in die Länge ziehen könnte.

Frau Lindner sieht auch in unserem Landkreis einen erheblichen „Graubereich“ an Personen ohne Diagnose „Behinderung“, aber mit entsprechendem Bedarf, die sich selbst in einer Elternrolle befinden. Die Mutter-Vater-Kind-Einrichtungen nach § 19 SGB VIII seien hier von der konzeptionellen Planung nicht die geeigneten Wohnformen. Es bestehe Bedarf, angemessene Wohnformen für diese Zielgruppe zu finden. Frau Grzanna erwiderte, dass bei fehlender Zuordnung zum Personenkreis das Sozialamt keine Leistungen erbringen könne.

Frau Lindner wies auf die Problematik von Splitterfinanzierungen hin. Sie und Herr Fladerer hatten gehört, dass eine neue Einrichtung mit diesen Leistungen im Landkreis eröffnet werden solle. Frau Grzanna antwortete, dass sie diesbezüglich keine Informationen habe. Zudem gehen die Infos bezüglich der Auslastungen bereits im Land Brandenburg bestehender Einrichtungen dieser Art sehr auseinander.

Info der Kinderschutzkoordinatorin

Frau Becker-Heinrich teilt mit, dass die neuen Vereinbarungen nach §8a und §72a SGB VIII unter Beachtung des BKiSchG inzwischen als Entwurf an alle Tagespflegepersonen, kommunale Träger und freie Träger der Jugendhilfe versandt wurden, die Einrichtungen in Teltow-Fläming nach dem SGB VIII haben und Dienste danach erbringen.

Herr Fladerer fragte nach Quelle und Empfehlung für das Blatt der Selbstauskunft.

Frau Becker-Heinrich erläuterte, dass es keine Empfehlung dazu gab, sondern, dass dies die Lücke zwischen erweitertem Führungszeugnis u. möglichen Ermittlungsverfahren schließe.

Anfragen nach externen „insoweit erfahrenen Fachkräften“ nach § 8a SGB VIII erfolgten in 2013 in 8 Fällen, davon 1 Anfrage noch nach alter Vereinbarung an eine EFB.

Die Auswertung der Einsätze von internen „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ konnte bisher noch nicht erfolgen, da die Rückmeldungen noch nicht vollständig vorliegen.

Die Rückmeldungen zu Einschaltungen nach § 8b SGB und § 4 KKG, für Fachkräfte, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, liegt seit heute vollständig vor, die Auswertung folgt noch.

Mitteilungen bei Verdacht auf KWG ans JA

Im vergangenen Jahr sind ca. 320 Mitteilungen eingegangen, 2012 waren es insgesamt 180 Mitteilungen.

Die vertiefte Auswertung für 2013 dauert noch an.

Inzwischen haben wir für das Jahr 2014 bereits mit Stand von gestern 73 Mitteilungen, die durch die Mitarbeiter des Sozialpädagogischen Dienstes zu bearbeiten sind.

Aktualisierung des Mitteilungsbogens bei Verdacht auf KWG:

Der allen bekannte und verbindlich zu nutzende Mitteilungsbogen wurde geringfügig überarbeitet, da es mitunter Unsicherheiten zur Anonymisierung und zu den Mitteilenden gab. Weiterhin wird nun auf die notwendige Anlage 1 bei Mitteilungen aus dem Jugendhilfebereich hingewiesen. Der aktualisierte Bogen ist auf der Internetseite des Netzwerkes Kinderschutz eingestellt und wurde allen Netzwerkpartnern in dieser Woche zur Info als Mail zugeschickt.

Herr Fladerer fragte, warum die Veränderung nicht in der AG Kinderschutz beraten wurde, da ja auch die Erarbeitung über die AG Kinderschutz erfolgte.

Frau Becker-Heinrich sagte, dass keine inhaltlichen Änderungen erfolgten, sondern lediglich Hinweise zur Bearbeitung eingefügt wurden, weshalb sie nicht die Notwendigkeit sah, die AG Kinderschutz einzubeziehen.

Abprache: Künftig erfolgt die Einbindung der AG Kinderschutz bei allen Veränderungen am Mitteilungsbogen.

Gründung eines Deutschen Kinderschutzbundes TF

Nochmalige Information zur beabsichtigten Gründung des DKB TF. Es werden noch Mitstreiter gesucht, gerne auch für Vorstandstätigkeit, die in diesem Frühjahr mit dem Aufbau des DKSB TF beginnen wollen. Falls Sie Interesse haben, den DKB TF mit aufzubauen und mit Leben zu füllen, so wenden sie sich bitte an:

Dr. Gabriele Brückner-Drehmel
Am Heidepark 112a, 14959 Klein Schulzendorf
Tel.: 033731-17571 oder 0172-3803815
E-Mail: Dr.Brueckner-Drehmel@gmx.de

An Frau Dr. Brückner-Drehmel erfolgte wiederholt die Info, dass keine Mitarbeiter des Jugendamtes im Vorstand tätig werden dürfen, um ggf. Rollenkonflikte zu vermeiden. Eine Mitgliedschaft als Privatperson ist selbstverständlich möglich.

JHA

Frau Igel wies auf die anstehenden Kreistagswahlen im Mai hin und teilte mit, dass Sie danach nicht mehr zur Verfügung steht. Der Jugendhilfeausschuss muss bei seiner ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung festlegen, wer vertretend in der AG Kinderschutz mitwirken wird.

Die Vertretung des Familiengerichts im JHA hat gewechselt, Frau Igel konnte jedoch die aktuelle Besetzung nicht benennen.

Familiengericht

Frau Friderike Neike und Herr Thomas Vahldiek wurden von Frau Becker-Heinrich zur AG Kinderschutz eingeladen, da Frau Neumaier nicht mehr als Familienrichterin tätig ist.

Es erfolgte keine Rückmeldung

Polizei

Keine Infos von Seiten der Polizei. Frau Becker-Heinrich berichtete, dass die Infoveranstaltung mit der Polizei am 17.06. bereits ausgebucht ist. Es wird jedoch eine Warteliste geführt, um kurzfristig nachbesetzen zu können und ggf. eine zweite Infoveranstaltung noch in diesem Jahr zu planen. Angedacht ist evtl. auch eine Info ausschließlich für Mitarbeiter des Sozialpädagogischen Dienstes.

2013 hat wieder eine Beratung zwischen Polizei und Sachgebiet familienunterstützende Hilfen in Ludwigsfelde stattgefunden.

Die Teilnahme von Revierpolizisten an Regionalkonferenzen hat sich kontinuierlich gesteigert

3. Schwerpunktthema/en der AG Kinderschutz für 2014

Wurde nicht festgelegt

Erarbeitung des Flyers zum Thema Kinderrechte durch Mitglieder der AG KS

Kostenübernahme: könnte aus dem Produkt Netzwerk Kinderschutz erfolgen, es wird jedoch auch überlegt, einen Antrag bei der Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“ zu stellen. Frau Siems meinte, dass sich sicher auch Kommunen an der Finanzierung beteiligen würden.

Zunächst soll ein Stiftungsantrag gestellt werden. V: Herr Fladerer

Druck und Stückzahl wurden noch nicht festgelegt

Zielgruppe: Kinder von ca. 6-12 Jahren (Grundschulalter)

Regelung der Verteilung ist über die Grundschulen im Landkreis angedacht

Form: DinA4-sechseckig oder ggf. als Leporello in mehrfacher Faltung, jedoch in Pocketformat überlegt. Entscheidung steht noch aus

Absprachen zum Inhalt:

Die 10 Punkte aus dem Praxisbuch Kinderrechte sollen aufgenommen werden. Dabei ist jedoch eine Umformulierung angestrebt, um auch jüngere Kinder zu erreichen. Es sollen keine Piktogramme, aber Bilder/Bildausschnitte des Kunstprojektes genutzt werden. Frau Moritz soll zum Layout angefragt werden.

Erste Formulierungsbemühungen erfolgten. Da die Bearbeitung in der Zeit des Treffens nicht zu leisten ist, erfolgte die Absprache, dass sich jedes anwesende Mitglied als „Hausaufgabe“ mit

Formulierungsvorschlägen beschäftigt und diese bis zum 17.03.2014 an Frau Becker-Heinrich sendet. Diese wird sich in einem weiteren Schritt gemeinsam mit Herrn Fladerer damit befassen.

Erste inhaltliche Überlegungen:

Ich habe das Recht auf Hilfe, wenn ich sie brauche.

Ich habe das gleiche recht wie alle anderen Kinder

Ich habe das Recht nicht geschlagen und nicht beschimpft zu werden

Ich habe das Recht, dass meine Eltern gut mit mir umgehen und gut für mich sorgen

Ich habe das Recht gesund zu leben. Wenn es mir nicht gut geht, muss jemand für mich sorgen.

Ich darf lernen und in die Schule gehen

Ich habe das Recht zu spielen und meine Freunde zu treffen. Ich habe das Recht eine Pause zu machen und zu chillen.

(Anregungen aus Kischu-Stadt prüfen: www.kischu-stadt.de)

4. Sonstiges

Die Bilder, der Kinder vom Märkischen Kinderdorf und dem GFB Kinder- und Jugendheim „Heinrich Zille“, die im Rahmen des Projektes - Kinderrechte – entstanden und im Kreishaus ausgestellt waren, werden nun in Potsdam in der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam ausgestellt. Die Eröffnung der Ausstellung findet am 27.03.2014 um 15:00 Uhr statt. Herr Fladerer wird die Eröffnungsrede halten.

Bis zur Wahl des neuen Sprechers wird die AG Kinderschutz nach Herrn Fladerers Ausscheiden stellvertretend von Frau Becker-Heinrich übernommen. Eine Neuwahl für die AG Kinderschutz wird nach Neubesetzung im SR I und im JHA erfolgen.

Zur Erinnerung:

Die nächsten Treffen der AG Kinderschutz finden jeweils freitags von 09:00-11:00 Uhr im unteren Aquarium (B4-1-7) zu folgenden Terminen: 23.05. 29.08. 28.11.2014 statt